

Aktuelle Stellungnahmen und Positionspapiere

Editorischer Hinweis

Wir dokumentieren nachstehend: einen Diskussionsbeitrag von Jörg Ganzenmüller und Oliver von Wrochem zu aktuellen Herausforderungen der deutschen Geschichtskultur angesichts der Überarbeitung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes; eine gemeinsame Stellungnahme des Verbands der Geschichtslehrerinnen und -lehrer (VGD) und des Verbandes der Historikerinnen und Historiker Deutschlands (VHD) sowie ein Positionspapier der Initiative »Historiker*innen für eine demokratische Gesellschaft«.

Wozu brauchen wir Gedenkstätten?

Überlegungen zu aktuellen Herausforderungen der deutschen Geschichtskultur angesichts der Überarbeitung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes

Jörg Ganzenmüller · Oliver von Wrochem

Deutschland tat sich lange sehr schwer mit der Aufarbeitung der Staats- und Gesellschaftsverbrechen, die seine Geschichte im ausgehenden 19. Jahrhundert und im 20. Jahrhundert prägten. Die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen wurde in Deutschland gegen erheblichen Widerstand in Politik und Gesellschaft von den Siegermächten und den Überlebenden der Verfolgung begonnen. Diese gaben maßgebliche Anstöße und leisteten eigene Beiträge. Erst eine Generation später setzten sich verstärkt zivilgesellschaftliche Initiativen für eine Aufarbeitung ein. Aus dieser zunächst von einer gesellschaftlichen Minderheit getragenen Auseinandersetzung mit diesen deutschen Verbrechen ist allerdings seit den 1980er Jahren etwas Bemerkenswertes entstanden: Ein »negatives Gedächtnis« (Reinhart Koselleck), das die Verbrechen, die man anderen angetan hat, und hier insbesondere die Ermordung der europäischen Juden als systematisches Massenverbrechen, zum Kern einer gesamtstaatlich getragenen geschichtskulturellen Selbstverständigung macht.

Nicht affirmative Identitätsstiftung, sondern ein selbstreflexives Geschichtsbewusstsein hat sich in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als grundlegender Bestandteil der bundesdeutschen Geschichtskultur etabliert. Davon hat nach der deutschen Einheit auch die Aufarbeitung der SED-Diktatur profitiert, die die Versäumnisse im Umgang mit dem Nationalsozialismus explizit nicht wiederholen wollte. Vergleicht man die rasch einsetzende und recht umfassende Aufarbeitung des SED-Unrechts mit der Aufarbeitung diktatorischer Vergangenheiten in anderen Teilen Europas oder der Welt, dann sind wir auch hier weit gekommen. Im Gegensatz dazu hinkt die Auseinandersetzung mit den Verbrechen in den deutschen Kolonien weit zurück. Bis heute mangelt es an Wissen über unsere koloniale Vergangenheit und an einer gesellschaftlichen Verständigung darüber, welche Rolle die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus in der deutschen Geschichtskultur spielen kann und soll.

Es ist nicht das erste Mal, dass wir um eine Erweiterung des »negativen Gedächtnisses« ringen. Mit dem Zusammenbruch der DDR begann eine Deutungskampf um die Verortung der SED-Diktatur in einer gesamtdeutschen Geschichtskultur. Auf der einen Seite standen jene, die Nationalsozialismus und SED-Diktatur als totalitäre Regime interpretierten und die Forderung nach Differenzierung tendenziell als Zumutung empfanden. Auf der anderen Seite stand die Befürchtung, dass mit der Aufarbeitung des völlig anders gearteten SED-Unrechts die Beschäftigung mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen in den Hintergrund treten würde. Den Ausweg aus dieser mitunter verhärteten Frontstellung wies Bernd Faulenbach, indem er den Umgang mit beiden deutschen Diktaturen zueinander in Beziehung setzte: Die NS-Verbrechen sollten durch die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht nicht relativiert und umgekehrt das SED-Unrecht durch den Hinweis auf die NS-Verbrechen nicht bagatellisiert werden. Mit dieser

Formel gelang eine Integration des SED-Unrechts in eine gesamtdeutsche selbstreflexive Geschichtskultur. Heute ist unstrittig, dass die Auseinandersetzung mit der Shoah und den anderen NS-Verbrechen im Zentrum der deutschen Geschichtskultur stehen muss. Es ist aber zugleich wichtig, anhand der DDR die Funktionsmechanismen der SED-Diktatur zu vermitteln, um den Wert einer demokratischen Verfasstheit unserer Gesellschaft vor Augen zu führen. An die Stelle von vorschnellen Gleichsetzungen ist die viel wichtigere Frage nach Kontinuitäten und Brüchen in der deutschen Gesellschaft über das Jahr 1945 hinaus gerückt.

Heute stellt sich die Frage, wie sich diese geschichtskulturelle Konstellation sinnvoll um die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit erweitern lässt. Wenn wir aus den vergangenen Debatten etwas lernen wollen, dann können wir festhalten: Eine geschichtspolitische Parallelisierung von Verbrechenkomplexen, die zu unterschiedlichen Zeiten in ganz verschiedenen Kontexten geschehen sind, wäre auch in diesem Fall irreführend. Dagegen könnte es sinnvoll sein, die Kontinuitäten, aber auch die Brüche herauszuarbeiten, die es vom deutschen Kolonialismus über das 20. Jahrhundert bis ins Heute gibt.

Beispielsweise lässt sich der eliminatorische Antisemitismus der Nationalsozialisten und die Shoah keineswegs aus dem Rassismus herleiten, der die genozidale Praxis des deutschen Siedlerkolonialismus prägte. Während der Rassismus die »Anderen« außen verortet und als »minderwertig« markiert, wendet sich der Antisemitismus gegen »innere« Feinde und markiert sie nicht nur als minderwertig, sondern zugleich als »mächtig«. Die Vorstellung einer »jüdischen Weltverschwörung« ist genuiner Bestandteil des modernen Antisemitismus und bildete eine zentrale Legitimation für die Zielsetzung der Ermordung aller Juden Europas. Im Rassismus finden sich keine vergleichbar systematischen Auslöschungsphantasien gegenüber einer gesellschaftlichen Minderheit. Die Shoah ist von ihrer ideologischen Herleitung und

ihrem Charakter her insofern präzedenzlos. Anders verhält es sich mit der Begründung für die Eroberung von »Lebensraum« im östlichen Europa, der mörderischen Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener und von Sinti und Roma, dem Kolonialrevisionismus oder der Verfolgung Schwarzer Menschen in Deutschland. Diese Verbrechenskomplexe standen durchaus in einer Traditionslinie mit kolonialrassistischen Praxen im Deutschen Kaiserreich.

Auch zwischen dem SED-Unrecht und dem Nationalsozialismus lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzeigen: Anders als beim Deutschen Kaiserreich handelt es sich bei beiden um Diktaturen. Abweichende Meinungen wurden in beiden Systemen mit Gewalt und Kontrolle unterdrückt; auch gab es in beiden Staaten sozialrassistische Verfolgung; die Gewalt im SED-Staat richtete sich dabei ganz überwiegend gegen die eigene Bevölkerung, indem diese überwacht und Andersdenkende drangsaliert, unterdrückt und eingesperrt wurden. Hingegen hat die DDR keinen Angriffskrieg mit Millionen Toten geführt und auch keinen Völkermord begangen.

In den jüngsten Debatten um eine Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes wurde wiederholt behauptet, die bestehenden Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen und des SED-Unrechts negierten die Notwendigkeit eines gesamtgesellschaftlich getragenen und staatlich geförderten Gedenkens an die koloniale Vergangenheit ebenso wie des Gedenkens an Migrations- und Demokratiegeschichte. Mitunter wurde der Verdacht kolportiert, die bereits staatlich geförderten Gedenkstätten hätten Angst um ihre Pfründe und würden deshalb die thematische Erweiterung der Bundesgedenkstättenkonzeption zu einem Rahmenkonzept Erinnerungskultur ablehnen. Die Intervention der Gedenkstätten wurde mitunter als Angst vor Bedeutungsverlust interpretiert.

Deshalb möchten wir an dieser Stelle einmal klarstellen: die Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen und das SED-

Unrecht waren und sind mit großer Mehrheit dafür, noch zu entwickelnde Gedenkstätten an Orten, die historisch mit Verbrechen des deutschen Kolonialismus eng verbunden sind, in eine überarbeitete Gedenkstättenkonzeption des Bundes aufnehmen zu können. Dafür haben wir in vielen Gesprächen in den letzten Monaten geworben. Wir haben zugleich dafür geworben, eine Konzeption zur Förderung von Gedenkstätten gemeinsam mit bestehenden Gedenkstätten zu entwickeln, ein Anliegen, das am Ende von den politisch Verantwortlichen aufgegriffen wurde.

Wir sind uns bewusst, dass die Aufarbeitung des kolonialen Erbes eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe unserer Zeit bildet und Teil eines erweiterten »negativen Gedächtnisses« sowie eines reflexiven Geschichtsbewusstseins sein sollte. Allerdings war und ist es uns ein Anliegen, dass bei einer möglichen thematischen Erweiterung der Gedenkstättenkonzeption das Verhältnis von Kolonialismus, Nationalsozialismus und SED-Unrecht differenziert dargestellt wird. Hinzu kam und kommt für uns die Frage, in welcher Form übergreifende geschichtskulturelle Fragestellungen in eine Konzeption zur Förderung von Gedenkstätten Eingang finden sollten. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung bereits 2022 ein Rahmenkonzept zur Förderung von Orten der Demokratiegeschichte verabschiedet hat und dass Fragen der Einwanderungsgesellschaft und der Demokratiebildung auch bestehende Gedenkstätten seit vielen Jahren beschäftigen.

Eine überarbeitete Gedenkstättenkonzeption sollte unseres Erachtens weiterhin jene Orte ins Zentrum rücken, an denen über deutsche Staats- und Gesellschaftsverbrechen des 20. Jahrhunderts aufgeklärt wird. Diese Orte stehen für einen geschichtsbewussten Umgang mit diesen Verbrechen und stellen sich damit einer affirmativen Identitätsstiftung durch Geschichte entgegen. 80 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager und des Kriegsendes gibt es kaum mehr Menschen, die aus eigenem

Erleben berichten können. Die Verbrechen des Kolonialismus liegen noch weiter zurück. Und selbst das SED-Unrecht liegt nun mehr als eine Generation zurück. In der Aufklärung über die Ursachen und Folgen der in diesen Epochen deutscher Geschichte verübten Verbrechen leisten Gedenkstätten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und einer demokratischen Orientierung im Hier und Jetzt. Gedenkstätten rufen ins Bewusstsein, wohin ein Aufgeben der Demokratie und des Rechtsstaates, wohin Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus, wohin ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken und die Verfolgung politisch Andersdenkender, wohin Krieg und Unterdrückung geführt haben. Sie führen damit den Wert von Menschenrechten, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit vor Augen.

Ein Abschied vom »negativen Gedächtnis« wäre ein tiefgreifender Bruch in unserer Geschichtskultur. Das bedeutet nicht, dass nicht auch andere Themen jenseits dieses »negativen Gedächtnisses« für unsere Geschichtskultur wichtig sind. Für ein selbstreflexives Geschichtsbewusstsein ist es allerdings ungemein wichtig, die staatlichen Verbrechenkomplexe unserer Vergangenheit, also die NS-Verbrechen, das SED-Unrecht und den Kolonialismus in Beziehung zueinander zu setzen. In allen drei Themenfeldern geht es, bei allen sonst vorhandenen und zu berücksichtigenden Unterschieden, nicht zuletzt um folgende Fragen: Warum waren Menschen in der Lage, gegen andere Menschen solche Verbrechen zu begehen? Und welche politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen waren die Voraussetzung dafür, die Staatsgewalt zu einem erschreckend wirkungsvollen Instrument dieser Verbrechen zu machen?

Für die deutsche Geschichtskultur und die Arbeit an einem reflexiven Geschichtsbewusstsein ist ebenso von zentraler Bedeutung, die im Kolonialismus und in der NS-Zeit verübten Verbrechen und das SED-Unrecht in Erklärungsansätzen und Formen der Vermittlung in eine den

jeweiligen historischen Kontexten und damit den jeweiligen Besonderheiten bzw. Unterschieden gerecht werdende Beziehung zu setzen,. Das gilt etwa hinsichtlich der gesellschaftlichen Verankerung, der ideologischen Begründung und auch der Art und Quantität der jeweiligen Verbrechen. Ein vertiefter Austausch zwischen den verschiedenen erinnerungskulturellen Akteuren erscheint in diesem Zusammenhang unerlässlich – ein Prozess, den wir ausdrücklich befördern und konstruktiv begleiten möchten.

Prof. Dr. Oliver von Wrochem ist Vorstand der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen und Leitung KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Ettersberg und Professor für Europäischen Diktaturenvergleich an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

8. Mai 1945 – 80 Jahre danach.

Gemeinsame Stellungnahme von VGD und VHD

Die Vorsitzenden des deutschen Verbands der Geschichtslehrerinnen und -lehrer (VGD) und des Verbandes der Historikerinnen und Historiker Deutschlands (VHD) sehen dringenden Handlungsbedarf, um auch in der Zukunft das Wissen um die Voraussetzungen unserer Demokratie in unserer Gesellschaft lebendig zu erhalten. Um 80 Jahre nach Kriegsende den Herausforderungen, denen die Demokratie heute wieder gegenübersteht, zu begegnen und eine kritische Erinnerungskultur nachhaltig zu gewährleisten, skizzieren VGD und VHD konkrete Maßnahmen.

Der 80. Jahrestag der Befreiung Deutschlands und Europas vom Nationalsozialismus ist untrennbar verbunden mit der kritischen Erinnerung an die Kapitulation des Deutschen Reiches und das Ende des Zweiten Weltkriegs. Aber die Zeitzeugen sterben, die kollektive Erinnerung verblasst, der Antisemitismus nimmt zu. Relativierung, Verharmlosung und Leugnung von NS-Verbrechen halten dieser Tage immer öfter Einzug in deutsche Klassenzimmer.

Die Vorsitzenden des deutschen Verbands der Geschichtslehrerinnen und -lehrer (VGD) und des Verbandes der Historikerinnen und

Historiker Deutschlands (VHD) sehen dringenden Handlungsbedarf, um auch in der Zukunft das Wissen um diese Voraussetzungen unserer Demokratie in unserer Gesellschaft lebendig zu erhalten.

»Den Krieg hat doch Polen provoziert.« – »Hitler und Stalin haben sich verstanden, die waren doch Sozialisten.« – »Die Juden waren doch irgendwie mitschuldig.« Solche und ähnliche Falschaussagen hört man in deutschen Klassenzimmern dieser Tage. Sie werden bedrohlich angesichts immer größerer Wissenslücken oder einer wachsenden Ablehnung junger Menschen, wenn es um die Bearbeitung der NS-Zeit und des Holocausts geht. Oft spielen dabei familiär-kulturelle Bindungen oder rechte Halungen eine Rolle. Dazu ertönt auch politisch der Ruf, »es jetzt einmal gut sein zu lassen« mit der NS-Zeit.

Leugnung oder Verharmlosung des Judenmords und Antisemitismus haben nach dem 7. Oktober 2023 nicht nur an Schulorten mit stark migrantischer Prägung Gehör und Zustimmung gefunden. Gleichgültigkeit, Unwissen sowie Fake News bei diesem Themenbereich sind der ideale Nährboden. Man glaubt Lehrkräften nicht mehr, historische Fakten oder mühsam zu erarbeitende Quellen zählen nicht – Blogger, Videos diverser zweifel- oder unzweifelhaft rechter Akteure übernehmen für viele Jugendliche mit ihren einfachen Botschaften und Bildern die Deutungshoheit.

Demokratiebildung in Deutschland kommt nicht ohne Kenntnis der NS-Zeit, des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen aus. Wir haben mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik ein Dokument vorliegen, in dem schon mit Artikel 1 die »Väter« und »Mütter« der Verfassung deutlich gemacht haben, dass sie Lehren aus der damals nahen und dunklen Vergangenheit ziehen wollten. Unsere Demokratie fußt auf der Verarbeitung dieser Vergangenheit und der Übernahme historischer Verantwortung. Die Wiederkehr von Diktatur, Angriffskrieg und Holocaust sollten 1949 verhindert werden. Und dieses Ziel ist auch heute noch aktuell.

Unsere Demokratie steht heute, 80 Jahre danach, wieder vor der Herausforderung, wie Geschichtskultur und kollektive Erinnerung dieser Aufgabe gerecht werden. Das betrifft nicht nur unsere Hochschulen und Schulen – und ist sicherlich nicht allein dort zu lösen. Aber gerade an Schulen besteht dringender Handlungsbedarf. Das hat auch die Kultusministerkonferenz erkannt. Deren Ständige Wissenschaftliche Kommission hat 2024 die Empfehlung formuliert, dass Demokratiebildung weit über die Fächer Geschichte oder Politik/ Sozialkunde hinausgehen müsse. Zudem seien auch diese Fächer unbedingt zu stärken – und nicht gegeneinander ausspielbar.

Was schlagen VHD und VGD e.V. konkret vor?

Guten Unterricht: Wir müssen sicherstellen, dass Geschichte an Schulen ab 5. (oder 7.) Klasse durchgehend, zeitlich ausreichend und fachgebunden (nicht als »Verbundfach«) erteilt wird. Die Qualität des Unterrichts beginnt mit der angemessenen Fachausbildung der Lehrkräfte: es geht zentral darum, kritische Urteilsbildung und Bewertungskompetenz im Umgang mit Behauptungen über Schlüsselereignisse unserer Geschichte zu vermitteln.

Neue Wege: Wir brauchen neue Wege der Erinnerungskultur für Jugendliche. Die letzten Zeitzeugen sterben und wir sind gezwungen Alternativen zu entwickeln: Zum Beispiel mit sogenannten Zweitzeugen, den Nachkommen etwa von Nazi-Funktionen oder Holocaust-Opfern, die an Schulen gehen und deren Besuche staatlich gefördert werden. Gleichfalls brauchen wir digitale Zeugnisse von Zeitzeugen und Zeitzeuginnen oder andere anschauliche Dokumentationen der kritischen Ereignisse, die mit Unterrichtsmaterial unterfüttert werden.

Erinnerungsorte aufwerten: Wir brauchen endlich Rückenwind – aber keine Pflicht – für Gedenkstättenbesuche oder historische Exkursionen. Wir appellieren an die neue Bundesregierung mit ihrem Koalitionsvertrag Ernst zu machen und durch konkrete Angebote und

Maßnahmen, wie vereinbart, solche Besuche verstärkt zu ermöglichen. Die vielen Hindernisse für Genehmigungen und Organisation müssen beseitigt, eine einfachere finanzielle Unterstützung (Gutscheinsystem) organisiert werden. Dies würde die Besuche und den Kontakt mit der real sichtbaren Geschichte erleichtern.

Handlungssicherheit und Sprechfähigkeit gegenüber populistischen und rechtsextremen Äußerungen stärken: Sowohl in der Gesellschaft als auch an Hochschulen und Schulen werden wir immer häufiger mit »Stammtischparolen« und tendenziösen Äußerungen konfrontiert. Dem sehen sich insbesondere auch Lehrkräfte in Bildungseinrichtungen ausgesetzt. Um adäquat reagieren und argumentativ begegnen zu können, sind gezielte Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen notwendig, aber auch eine klare Rückendeckung im Konfliktfall.

80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung Europas und Deutschlands vom Faschismus wird Erinnerung zu einer großen Anstrengung. Wir müssen uns dieser Aufgabe stellen!

www.historikerverband.de/aktuelles/meldungen/8-mai-1945-80-jahre-danach/

Positionspapier

Initiative »Historiker*innen für eine demokratische Gesellschaft«

Hist4dem ist ein Netzwerk von historisch arbeitenden Menschen aus Universitäten, Schulen, Einrichtungen der kulturellen und historisch-politischen Bildung, Museen, Archiven, Gedenkstätten, freien Historiker*innen, Autor*innen und Kulturschaffenden. Wir haben uns zusammengeschlossen, um uns der Zunahme rechtsextremer und demokratiefeindlicher Bewegungen entgegenzustellen.
www.hist4dem.de/

Als Historikerinnen tragen wir Verantwortung dafür, gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu begleiten, historische Zusammenhänge aufzuzeigen und die Demokratie zu schützen. Daher sehen wir uns nun, da rechtsextremistische und demokratiefeindliche Parteien und Bewegungen dramatisch an Zulauf gewinnen, in einer besonderen Verpflichtung. Wir müssen uns der destruktiven Propaganda und Hetze entschieden entgegenstellen. Unsere Initiative setzt ein klares Zeichen: für demokratische Werte, für Toleranz und Freiheit, für Solidarität sowie gegen Ausgrenzung und gesellschaftliche Spaltung.

Als historisch Arbeitende in Wissenschaft, Bildung und Kultur klären wir über die Gefahren und ideologischen Hintergründe demokratiefeindlichen, antisemitischen und rassistischen Denkens auf. Der Verzerrung historischer und aktueller Fakten und einer rechtspopulistischen Geschichtspolitik setzen wir eine kritische, den demokratischen Prinzipien verpflichtete Bildung entgegen. Wir erklären Komplexität statt zu vereinfachen und stärken die Urteilskraft aller, um Geschichtsklitterung zu erkennen und ihr entgegen zu treten. Denn wir sind davon überzeugt: Eine faktenbasierte und differenzierte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist die Grundlage für eine demokratische und solidarische Gesellschaft.

Wir verstehen uns als Plattform, die historisch Arbeitende miteinander vernetzt, um gemeinsam gegen die gesellschaftliche Spaltung durch die Extreme Rechte vorzugehen. Zusammen mit anderen Akteurinnen der Zivilgesellschaft setzen wir uns ein für den Schutz unserer offenen, demokratischen und vielfältigen Gesellschaft, für Menschenrechte, Toleranz und Meinungsfreiheit.

Wir rufen alle historisch Arbeitenden und Interessierten dazu auf, sich uns anzuschließen. Lasst uns gemeinsam ein Zeichen setzen für Demokratie, Solidarität und Vielfalt!